

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

84 (19.2.1932) Abendausgabe

lich an der Oberfläche haften bleiben. Immerhin regen gleich die ersten Ziffern zu allerhand Gedanken an. Die Kosten der Minister und ihrer engsten Umgebungen betragen in den großen zivilen Ministerien, wie in denen des Äußeren und des Inneren, ungefähr fünf bis sechs Millionen. Im Kriegsministerium beliefen sich dieselben Ausgaben im laufenden Budgetjahre auf 28,4 Millionen und werden für das Budget, das in Beratung steht, obwohl dieses nur neun Monate umfaßt, ebenfalls betragen. Die „geheimen Ausgaben“ des Kriegsministeriums werden mit 10 Millionen, also immerhin fünfmal so hoch, wie die des Ministeriums des Äußeren, angegeben.

Sehen wir uns im Budget des Marineministeriums die Kosten für Schiffsbauten, Schiffsneubauten und für Schiffsartillerie an. Sie betragen:

Im Budgetjahre 1931/32	für das neunmonat. Budget 1932	für dieselbe Zeit nach d. Berechnung der Finanzkommission
1 256 033 678	1 152 686 673	1 181 041 923

Aus diesen Ziffern ergibt sich also, daß diese Rüstungsausgaben der Marine in den kommenden neun Monaten fast ebenso hoch sind, wie in den abgelaufenen 12 Monaten und daß die Kammerkommission die von der Regierung beanspruchten Summen sogar um ein Geringes erhöht hat. Defensivausgaben — und Frankreich behauptet ja immer, überhaupt nur Defensivausgaben zu machen — wie Rüstung, Befestigungsbauten usw. sind hier nicht mitgerechnet.

Natürlich ist es vollkommen unmöglich festzustellen, welche von den Ausgaben der Handelsmarine, der Eisenbahnen, der öffentlichen Arbeiten in Wirklichkeit als Rüstungsausgaben zu buchen wären. Man muß sich damit begnügen, einige kleine Ziffern herauszubekommen, die im Budget offen angegeben sind. So taucht beim Unterstaatssekretariat für die körperliche Erziehung plötzlich ein Posten von 17 1/2 Millionen für körperlichen Unterricht in der Armee auf, im Ackerbauministerium findet sich ein Posten von 2 1/2 Millionen für Militärpersonen, und im Ministerium für öffentliche Gesundheitspflege einer von 15 Millionen für Unteroffiziers-Wohnungen.

Auf die Handelsmarine ist das Parlament sichtlich schlecht zu sprechen. Für die Handelschiffahrt waren im Vorjahre 453,2 Millionen verausgabt worden, die Regierung hatte für dieses Budget 504,8 Millionen verlangt, die Finanzkommission hat aber nur 431,4 bewilligt. Der Generalberichterstatter für das Budget ist nämlich durchaus nicht der Meinung, daß der Staat ständig das wachsende Defizit der französischen Schiffahrtsgesellschaften aus seiner Tasche bezahlen solle. So ist das Defizit der Schiffahrtsgesellschaft Messageries maritimes, das vereinbarungsgemäß vom Staate zu tragen ist, seit dem Jahre 1929 von 116 Millionen Frs. auf 210 Millionen Frs. gestiegen. Von der Compagnie générale transatlantique weiß man, daß sie sich in einem gar nicht mehr latenten Zustande der Zahlungsunfähigkeit befindet, und es ist dem französischen Parlament nicht recht, daß die Regierung zur energischen Bekämpfung dieser Wirtschaft bei den großen Schiffahrtsgesellschaften nicht mehr getan hat.

Nicht viel besser verhält es sich mit den französischen Bahnen. Sie weisen ein Defizit von 2,6 Milliarden auf, zu denen noch 486 Millionen an Zinsendienst für frühere Anleihen hinzuzurechnen sind. Auch hier verlangt das Parlament energische Abhilfe.

Alles, was das französische Budget neben diesen tatsächlichen oder verschleierte Rüstungsziffern, neben den großen Ausgaben für die See- und Landverkehrswege aufzuweisen hat, erscheint verhältnismäßig klein und ärmlich. An der Pariser Universität werden jährlich für Gehälter 22,6 Millionen Frs. ausbezahlt, und der ganze öffentliche Unterricht Frankreichs kostet etwa weniger als 3 Milliarden. Alle staatlichen Theater Frankreichs zusammen kosten den Staat zwischen 11 und 12 Millionen Frs. Ausgaben, die ohnedies schon um über eine Million erhöht wurden. Die großen Pariser Orchestervereinigungen bekommen Zuschüsse, die für unsere Begriffe (Begriffe, die man uns ja in Frankreich ununterbrochen von Vorwürfe macht) unsagbar schäbig sind. So haben die Pasdeloup-Konzerte einen jährlichen Zuschuß von 15 000 Frs. und das Pariser Symphonie-Orchester, das man kürzlich auch in Deutschland kennen und schätzen lernte, einen solchen von 11 250 Frs.

Wesentlich freigelegter als in Sachen der Kunst ist man auf dem Gebiete der Geburtenpropaganda. Der Staat zahlt zu den Geburtenprämien der Departements und Gemeinden im Jahre fast 20 Millionen zu und wirft im kommenden Dreivierteljahrs-Budget für die „nationale Ermutigung vielköpfiger Familien“ 191 Millionen Frs. aus.

So kommt man schließlich zu den Gesamtausgaben, die für die Zeit vom 1. April 1932 bis zum Ende des Jahres mindestens 41 Milliarden Frs. betragen werden.

Das Echo des deutschen Abrüstungsvorschlages.

Paris, 19. Febr. Der deutsche Abrüstungsvorschlag in Genf findet in den Pariser Blättern weitgehendste Beachtung. Ganz allgemein sind sämtliche Blätter ohne Unterschied der Parteien gegen die deutsche These eingestellt, wobei sie ihre Haltung je nach ihrer Parteizugehörigkeit begründen. Während die Rechtspresse in den deutschen Vorschlägen lediglich den Versuch sieht, auf bequame Art alle anderen Staaten auf den gleichen Rüstungsstand zu bringen wie das Reich selbst, wendet sich die Links- und Sozialpresse gegen die Andeutung des deutschen Vorschlages, daß das Reich das Recht zur Wiederaufrüstung habe, falls die Siegerstaaten sich nicht zur Abrüstung entschließen.

„L'Echo de Paris“, das die im Weltkrieg unterlegenen Staaten sich bisher noch auf Einzelvorstellungen beschränkt hatten. Jetzt seien sie aber dazu übergegangen, das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, ebenso stark zu sein wie die anderen. Der außenpolitische Berichterstatter des „Journal“ erklärt, daß der deutsche Vorschlag darauf hinausgehe, alle Vorkehrungen zu zerstören, die getroffen worden seien, um jeden Revancheverlust zu verhindern. Der deutsche Plan sei in seinen Einzelheiten außerordentlich gefährlich. Der „Petit Parisien“ behauptet, es sei eine Frechheit, wenn der deutsche Vertreter erkläre, daß es ganz natürlich gewesen wäre, wenn das Reich in seinen Plan alle Artikel aufgenommen hätte, die sich im Versailler Vertrag im Zusammenhang mit der Abrüstung befänden. Das links gerichtete „Ceux“ stellt zwischen den deutschen Vorschlägen in Genf und denjenigen der ehemaligen königlichen und kaiserlichen Regierung aus dem Jahre 1917 eine gewisse Ähnlichkeit fest. Ebenso wie die deutsche Friedensmaschine von 1917 ihr Ziel verfehlt habe, werde die deutsche Friedensmaschine von heute — wenn es sich tatsächlich um eine solche handele — auch ihr Ziel verfehlen. Das „Petit Journal“ stellt fest, daß man einem plumpen deutschen Manöver gegenüberstehe. Man gedanke dann durch das Kriegspotential eine denotzogene Stellung in der Welt einzunehmen. Die radikalsozialistische „Republique“ erklärt sich mit der deutschen Abrüstungstheorie einverstanden, wenn das Reich nicht von vornherein mit einer Ablehnung seines Planes rechnen und heimlich auf die Aufrüstung spekulieren. Auch der sozialistische „Populaire“ ist mit der deutschen Abrüstungstheorie einverstanden, die in den Rahmen der Zweiten Internationale falle. Man könne sich jedoch niemals auf den Standpunkt stellen, daß das Reich ein Recht auf Wiederaufrüstung habe, falls die Konferenz in der Abrüstungsfrage nicht den deutschen Wünschen entspreche.

Mit Hindenburg für ein freies und starkes Deutschland.

Berlin, 18. Febr. Der Vorstand des Deutschen Landvolks hat in seiner Sitzung vom Mittwoch folgenden Aufruf beschlossen: „An das Deutsche Landvolk! Die Reichstagsfraktion des Deutschen Landvolks hat im Einvernehmen mit der Parteiführung am 12. Januar 1932 als erste die Aufforderung an alle deutschen Parteien gerichtet, für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg einzutreten, und den Feldmarschall gebeten, sich für eine neue Volkswahl zur Verfügung zu stellen. Wir danken heute dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, daß er dieser Bitte des Landvolks entsprochen und mit der Annahme der neuen Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl dem deutschen Volke ein neues Opfer gebracht hat. Unsere Freunde im Lande aber fordern wir auf, mit aller Kraft für die Wiederwahl Hindenburgs zu werben und einzutreten. In Hindenburg verehrt das deutsche Volk den vornehmsten Träger der uralten Gemeinschaft zwischen Schwerdt und Pflug, durch die allein in aller Geschichte gesunde und große Völker und Staaten geschaffen wurden. In Hindenburg sieht das deutsche Landvolk den Führer, der durch seine Stellung über den Parteien allein imstande ist, alle willigen Kräfte des deutschen Volks zusammenzufassen zur erfolgreichen Durchführung des schweren Kampfes um Freiheit und Gleichberechtigung, zuolch dem Führer des deutschen Volkes, dessen in aller Welt geachteter Name ein Einak von höchstem Wert in diesem schwersten Kampf der deutschen Geschichte ist. Die Männer und Frauen des deutschen Landvolks fordern wir auf, in gleicher Treue wie 1925 zu Hindenburg zu stehen und mit ihren Stimmen dafür zu sorgen, daß unter Hindenburgs Führung wieder ein freies und starkes Deutschland erstehet.“

Der Aufruf der Bayerischen Volkspartei.

München, 19. Febr. Die Bayerische Volkspartei erklärt durch ihren Vorsitzenden Staatsrat a. D. Schäffer folgenden Aufruf: „Sieben Jahre sind es her, daß die Bayerische Volkspartei ihren Ruf für Hindenburg hat erschallen lassen. Wir haben damals Hindenburg auf den Schild gehoben, weil wir in ihm den Mann erahnten, der die deutsche Nation verehrt, der in schweren Zeiten seinem deutschen Volk die Treue hielt und der zeitweilen nur aufopfernde Hingabe an Volk und Vaterland kannte. Die Wähler der Bayerischen Volkspartei waren stolz damals, daß ihre Stimme die glückliche Reichspräsidentenwahl vom Jahre 1925 entscheidend beeinflussen konnte. Die Bayerische Volkspartei hat in ihrer Stellung zu Hindenburg nichts zu ändern. Er ist auch für die Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 ihr Mann. Sie ruft daher ihre Freunde in Stadt und Land auf, geschlossen ihre Stimme für Hindenburg, den wahren Volkshandlanger abzugeben. Die Treue, die er seinem Volk in diesen schweren Jahren gehalten hat, wollen auch wir ihm halten. In seinem Namen wollen wir ganz Deutschland geeinigt leben: Einig in seinen Ständen, einig in seinen Konfessionen! Wir wollen mit Hindenburg nur an Deutschland denken und mit ihm nur dem einen Ziel nachjagen, Deutschland zu retten und uns von aller Bedrückung und Schmach frei zu machen.“

Abgabe der Nationalsozialisten an den Thüringischen Untersuchungsausschuß.

Weimar, 19. Febr. Auf sozialdemokratischen Antrag ist am Donnerstag im Thüringischen Landtag ein Polizeiuersuchungsausschuß eingesetzt worden, der die Gehehlichkeit und Lauterkeit bestimmter Maßnahmen des früheren Ministers Dr. Fric, des Innenministeriums und staatlicher Polizeibehörden prüfen soll. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten haben die Nationalsozialisten namentlich mitgeteilt, daß sie an den Arbeiten dieses Ausschusses nicht teilnehmen werden, da „die Falschnacht bereits vorüber sei und die Mitglieder der Fraktion der NSDAP, ohnedies keine Zeit hätten, sich an parlamentarischen Scherzen zu beteiligen.“

Zum Tode des Königs von Sachsen.

Siehlenort, 18. Febr. Der ehemalige König von Sachsen, Friedrich August III., ist, wie wir bereits kurz meldeten, am Donnerstagabend gegen 22.15 Uhr, ohne die Befinnung wiedererlangt zu haben, sanft entschlafen. Am Totenbett weilten die Prinzessin Mathilde und Prinz Ernst Heinrich, Prinz Friedrich Christian und Gemahlin.



Der verstorbene König Friedrich August III. von Sachsen wurde am 25. Mai 1865 als Sohn König Georgs zu Dresden geboren. 1877 trat er als Leutnant in das sächsische Heer ein, studierte dann in Straßburg und Leipzig Rechts- und Staatswissenschaften und legte nach beendigem Studium wieder ins Heer zurück. 1888 wurde er zum Generalleutnant und Kommandeur der 1. sächsischen Division und 1902 zum kommandierenden General des 12. Armee-Korps ernannt. Am 21. November 1891 vermählte er sich in Wien mit der Erzherzogin Luise Antoinette Maria von Oesterreich-Toskana. Nach anfänglich glücklicher Ehe, der drei Söhne und drei Töchter entsprossen, löste die Kronprinzessin 1902, indem sie von dem Sprachlehrer Girton entführt wurde, die Ehe, die am 13. Juli 1903 gerichtlich in Dresden geschieden wurde. Als König Georg am 15. Oktober 1904 starb, übernahm Friedrich August III. die Regierung. Die ersten Jahre seiner Regierungzeit bezeichnet man als eine Neugestaltung des Wahrechts, das nach mehrmaligem Wechsel im Jahre 1908 zum letztenmal durch die allgemeine Bevölkerung bewogen, erlangte der König während seiner Regierungzeit große Beliebtheit. Zahllos sind die urwüchsigen Ausdrücke, die ihm erzählt werden. Die Revolution machte auch der Regierung Friedrich Augusts III. ein Ende. Im November 1918 trat er den Thronverzicht ab und lebte seitdem auf seiner schließlichen Besitzung Schloß Siehlenort.

Neue landwirtschaftliche Notverordnung.

Berlin, 19. Febr. Das Reichskabinett hat gestern abend eine neue Notverordnung über die Zwangsvollstreckung bei landwirtschaftlichen Betrieben und zur Ergänzung der Vorschriften der Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe verabschiedet, die der Reichspräsident heute vormittag unterzeichnet hat. Es handelt sich um wesentlichen um Ergänzungen des dritten Teiles der vierten Notverordnung vom 8. Dezember und der Sicherungsverordnung vom 17. November 1931.

Neues aus aller Welt.

Blutige Zwischenfälle vor einer Zwangsversteigerung in Ungarn.

Budapest, 19. Febr. Wie aus Zalaegerszeg gemeldet wird, hat sich in der Gemeinde Pacsa ein blutiger Zwischenfall ereignet. Am Donnerstag war Jahrmart, zu dem die behördlichen Viehauflöser von den Bauern das wegen der Steuerrückstände gepfändete Vieh auftrieben. Bevor jedoch der Jahrmart begann, traf eine Verhinderung des Finanzministers ein, wodurch der Verkauf des gepfändeten Viehs verhindert wurde. Eine erregte Volksmenge, die von dieser Maßnahme keine Kenntnis hatte, bewarf die Viehauflöser und Polizeibeamten mit Steinen und Glasplittern. Da dieses Bombardement nicht aufhörte, wurde eine Salve abgegeben, wodurch zwei Dorfbewohner getötet und drei verwundet wurden. Im Parlament erklärte der Innenminister zu diesen Vorfällen, daß die Viehauflöser das Vieh ihren Besitzern zurückgegeben hätten. Trotzdem habe die Menge offenbar unter der Einwirkung von Fekern, sowohl die Viehauflöser als auch die Polizeibeamten angegriffen. Daher sei die Polizei genötigt gewesen, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Furchtbares Brandunglück in Spanien.

Madrid, 19. Febr. In einer Drogerie in Bilbao entstand bei der Herstellung eines Präparates eine Explosion, die zu einer furchtbaren Feuersbrunst führte. Infolge der leicht brennbaren Materialien stand mit furchtbarer Geschwindigkeit alsbald das ganze zehnstöckige Haus in Flammen. Auch zwei Nebenhäuser wurden von dem Flammen erfaßt. Alle drei brannten bis auf die Grundmauern nieder. Der Einwohner bemühtigte sich eine wilde Panik. Sie waren zum Teil durch das Feuer abgeschnitten und sprangen in ihrer Angst vom Balken auf die Straße. Trotz des sofortigen Eingreifens der gesamten Feuerwehr sind vier Tote, 20 Schwere und 6 Leichtverletzte zu beklagen. 120 Familien sind durch den Brand obdachlos geworden.

Fünf Personen durch Kohlenoxydgas vergiftet.

Gleiwitz, 19. Febr. In der Ortschaft Raminiech im Landkreis Gleiwitz hat sich ein furchtbares Unglück ereignet, dem fünf Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Am Montag war der Rentnempfangender Max Wrobel mit seiner Familie nach Raminiech gezogen, wo er eine Wohnung in dem leerstehenden Hause eines Brieftägers mietete. Seit Dienstag wurde von der Familie Wrobel niemand mehr gesehen. Als nun am Donnerstag die Ehefrau des Brieftägers, durch das lange Ausbleiben der Mieter beunruhigt, die Wohnung öffnete, fand sie das Ehepaar Wrobel, einen 16-jährigen Sohn, eine 6-jährige Tochter und ein etwa 6 Wochen altes Kind tot in ihren Betten. Nur ein 3-jähriges Kind lebte noch. Die fünf Personen sind durch Kohlenoxydgasvergiftung ums Leben gekommen. Man fand das Abfluhrohr des eisernen Ofens verstopft. Das Unglück ist offenbar bereits in der Nacht zum Dienstag geschehen.

Beim Radiohören geölt.

Harburg-Wilhelmsburg, 19. Febr. Hier ereignete sich ein furchtbarer Unfall, dessen Opfer der 50-jährige Eisenbahnbeamte Heinrich Meier wurde. Er geriet beim Radiohören in den Lichtstromkreis und wurde geölt. Der Vorfall dürfte sich nach der Tatsachensammlung durch Polizei und Feuerwehr folgendermaßen abgepielt haben: Meier hatte abends Radio gehört und sich mit

dem Hörer auf dem Kopf auf das Sofa gelegt. Schließlich dürfte er müde geworden sein. Um das Licht auszuschalten, zog er eine elektrische Lampe, die in seiner Nähe hing, zu sich herunter und wollte die Birne locker schrauben. Bei dieser Gelegenheit hat Meier die metallene Fassung der Lampe berührt. Der elektrische Strom ging nun von der Metallfassung durch den Arm in den Kopf über den Kopfhörer. Da dieser ja wieder mit dem Radio-Apparat verbunden stand, hatte er Stromerregung. Infolgedessen ging der elektrische Strom durch den Kopf des Unglücklichen und führte zu durch Schädigung und Lähmung gewisser Gehirnpartien den Herbei. Am Schädel fand man starke Brandwunden. Ferner waren die Haare an diesen Stellen auf dem Kopf verengt. Eine Untersuchung des Kopfhörers und der Zuleitungsschwarz ergab, daß ein Hörer in der Hörmulde eine schadhafte Stelle war.

Der Schußengel des Kindes.

Düsseldorf, 19. Febr. Eine wunderbare Lebensrettung eines Kindes ereignete sich in Oberbrunn (Kreis Hagenau). Ein siebenjähriger Knabe saufte trotz der Warnung seiner Mutter mit seinem Räderhörnchen eine tiefe Gasse hinab, die auf die Dampfstraße mündete. Er fuhr in voller Geschwindigkeit in einen Wagengraben, der die Straße regelmäßig benutzenden Autobuslinie hinein, bevor dem rasch dahervorübenden Schützen nicht mehr bremsen konnte. Man glaubte, das Unglück habe dem Knaben das Leben gekostet, da kam dieser auf der anderen Seite wohlbehalten wieder unter dem Autobus hervor.

Alexander Subkoff aus Luxemburg ausgewiesen.

Düsseldorf, 19. Febr. „Journal d'Alsace“ teilt mit, daß Alexander Subkoff, der Gatte der verstorbenen Schwester des Reichshelms II., in Luxemburg als Arbeitsloser ausgewiesen worden ist und sich nach Straßburg begeben hat, um eine neue Stelle anzutreten.

Opferlod im Bulkanrater.

Amsterdam, 19. Febr. Nach Meldungen, die jetzt aus Bolivien in Amsterdam eingetroffen sind, haben fünf Javaner im Krater des Merapi den Opfertod gesucht und gefunden. Die fünf Opfer waren begabten sich unter Führung eines fanatischen eingeborenen Führers in die Berge und bereiteten sich dort nach einheimischem Ritus auf ihr Leben dem Kratergott zu weihen, um ihn dadurch zu verhören und Ausbrüche des Vulkans zu verhindern. Dann hätten sie sich unter Gebeten in den Kraterschlund und waren nach Selbsterlöschung in den brodelnden Lavamassen des Merapi verschwunden. Ein Scherdel mit Kleinern der fünf Unglücklichen wurde am Rand des Kraters gefunden, zwei Leichen konnten nur geborgen werden.

15 Menschen auf der Landstraße erfroren.

AOD. Bukarest, 19. Febr. In der Nähe von Vaslui wurde einem Bauernwagen mit 15 Insassen, darunter drei Frauen, ein Schneesturm überfallen und verloren die Orientierung. Man die Wagen am Tage darauf entdeckte, waren sie völlig eingeschneit und nur die Köpfe der Pferde ragten aus dem Schnee. 15 Personen waren erfroren. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Auch aus anderen Teilen des Landes liegen ähnliche Meldungen vor, sogar in den Tälern sollen die Menschen erfroren sein. Das Schwarze Meer ist in einer Breite von 200 Metern eingefroren.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 19. Februar 1932.

Zum Butterpreis.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

In die Kreise der verbrauchenden Bevölkerung hat die in den letzten Tagen eingetretene Erhöhung des Butterpreises erhebliche Unruhe gebracht, da es nicht verstanden werden kann, daß im Zeichen des Preisabbaues, der Lohn- und Gehaltsföhrung eines der wichtigsten Lebensmittel teurer wird.

Die Reichsregierung sah sich gezwungen, der Forderung der Landwirtschaft auf durchgreifende Schutzmaßnahmen stattzugeben, da die Preise für Butter durch Unterbietungen des Auslandes unter die Vorkriegspreise abgefallen waren und die Landwirte nur noch Mißschärfen daraufhin erzielen konnten, die 8-9 Pfennig betragen.

Daß derartige Preise für die Landwirtschaft nicht tragbar sind, bedarf keines besonderen Hinweises. Die nach rückgängige Butterpreisbewegung in den letzten Jahren ergibt sich am deutlichsten durch die für die Jahre 1929-1931 festgestellten Durchschnittsnoteierungen für Butter in Berlin und Kempten.

Table with 3 columns: Year, Berlin, Kempten. Rows for 1929, 1930, 1931, 1932.

Der Abfall der Butterpreise seit 1929 betrug somit über 70 Prozent, während die Bedarfsartikel der Landwirtschaft bei weitem nicht folgten. Die Berechtigung eines Schutzes der heimischen Erzeugung kann bei objektiver Beurteilung nicht verlagert werden.

Eine nationalsozialistische Versammlung polizeilich aufgelöst. Der Polizeibericht meldet: Eine öffentliche Versammlung der NSDAP, die am Donnerstag abend in der Festhalle stattfand, mußte wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit polizeilich aufgelöst werden, weil der Referent trotz Abmahnung leitende Beamte des Staates und behördliche Anordnungen böswillig verächtlich machte.

Kommunisten vor dem Schnellrichter. Donnerstag vormittag wurden in der Weistadt und in Mühlburg drei Angehörige der KPD festgenommen und dem Schnellrichter vorgeführt, weil sie auf öffentliche Strafe unberechtigterweise Flugblätter politischen Inhalts verteilten.

Ringkämpfe im Colosseum. Der Donnerstag-Abend brachte wieder äußerst spannende Kämpfe. Kop-Jugoslawien, der vorjährige Sieger, brachte den Beweis, daß er sich wieder in bester Form befindet. Sein Gegner, der Brandenburger Goodsch, leistete zwar beständigen Widerstand, Kop siegte nach 18 Minuten durch seinen gefährlichen Krautentwurf. Der Oberösterreicher Bogzbeda hatte den gewandten Berliner Neumann zum Gegner. Der Kampf war äußerst heftig, aber der an Gewicht schwerere Oberösterreicher konnte innerhalb 3 Gängen trotz größter Anstrengung den zähen Berliner nicht auf beide Schultern bringen. Kainer-Bayern entschlüpfte dem schweren Kuffen Paradanoff wohl einige Male, jedoch trug der Letztere durch Subtilität nach 8 Minuten den Sieg davon. Schulz-Hamburg und Alt-Morell-Lotbringen kämpften ebenfalls sehr zäh. Der Elsfässer verteidigte sich glänzend, aber Schulz nahm in der 19. Minute seinen Gegner mit Ausbehr und legte denselben mit nachfolgender Mühe auf beide Schultern. Am Freitag steht im Vordergrund des Interesses die Begegnung des schweren Russen Paradanoff, mit Europameister Stolzenwald, außerdem ringen Kainer gegen Uebach, Fehringer gegen Alt-Morell und im Entscheidungskampfe treten sich die beiden hervorragenden Ringkampfschlichter Dpitz gegen Neumann.

Verkehrsunfälle. Ein Lastkraftwagen von hier überholte am Donnerstag in der Kapellenstraße ein Pferdewagen auf der falschen Seite. Hierbei wurde das Pferdewagen auf die Seite geschleudert und erheblich beschädigt. Der Kraftwagenführer fuhr weiter, ohne sich um den Vorfall zu kümmern. — Eine Kriegs- und Schillerstraße wurde am Donnerstag abend ein Radfahrer von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Der Radfahrer wurde leicht verletzt, außerdem wurden sein Fahrrad und seine Kleidung beschädigt. Die Schuld an dem Zusammenstoß trägt der Kraftwagenführer, weil er das Vorfahrtsrecht des Radfahrers nicht beachtete.

Erwischter Fahrraddieb. In Mühlburg wurde am Donnerstag abend ein junger Mann aus Bietigheim von einem Polizeibeamten festgenommen, weil er kurz zuvor ein Fahrrad gestohlen hatte. Der Fahrraddieb sowie zwei Personen, die ihn zum Diebstahl angestiftet hatten, wurden ins Gefängnis eingeliefert.

Ermittelte Schwarzfänger. Durch Beamte des Telegraphenbauamts wurde hier am Donnerstag ein nicht genehmigter Rundfunksender ermittelt. Das Strafverfahren wurde eingeleitet.

„Mit Sven Hedin durch Afisens Wüsten“.

Morgensfeier am Sonntag, den 21. Februar in den Palast-Vischspielen.

Sven Hedin, der Name bedeutet ein Programm — die wissenschaftliche Eroberung der großen Wüstenwelt Innerasiens. Nach der Entdeckung des Transhimalaja, die seinen Namen in der ganzen Welt berühmt machte, hatte Sven Hedin nur eine Pause von wenigen Jahren vorgezogen, ehe er wieder hinausziehen wollte; aber der Weltkrieg und die großen politischen Umwälzungen in Asien richteten fast unüberwindliche Hindernisse auf. Doch er ließ sich nicht entmutigen; im Gegenteil, dadurch, daß die Vorbereitungszeit sich verlängerte, gemann er Zeit zur Ausarbeitung neuer großer Pläne. So reifte der Entschluß, für diese seine menschlicher Voraussetzt nach bedeutendste Reise nach Asien, alle Mittel moderner Forschung in den Dienst zu stellen; eine Aufgabe, die die Leistungsfähigkeit eines Einzelnen bei weitem übersteigt. Er hielt Ausschau nach jüngeren Wissenschaftlern, und im Jahre 1926 begann er dann in Peking die größte Expedition zusammenzustellen, die je nach Innerasien aufgezogen ist. Erbitterter Widerstand der chinesischen Regierung war zu überwinden, doch zäher Wille, diplomatisches Geschick und die Macht seiner Persönlichkeit trugen auch hier den Sieg davon. Aus Gegnern wurden die Chinesen zu Freunden und Förderern des Plans, ja zu Teilnehmern.

Am 23. Juli 1927 trat die Expedition vom Sammlager Hutjertu-gal den Vormarsch an, am 28. Februar 1928 erreichte sie Urumtschi, das Ziel der ersten Etappe dieser auf drei Jahre berechneten Forschungsreise. Dazwischen liegen über 2500 Kilometer Weg, sieben Monate härtester Strapazen und fast unüberwindlich scheinender Hindernisse und Mühsalen, Erlebnisse voll dramatischer Spannung, ebenso wie Episoden von köstlicher Idylle.

Durchs gelobte Land der Räuberbanden begleiten wir im Film die Expedition zur „Stadt der Nationen“ und zum Kloster Schaumbiao, wo wir an einem Tempelsteht der Lamas teilnehmen und den höchsten lebenden Gott des Klosters kennenlernen. Weiter durch Sandstürme von ungewöhnlicher Heftigkeit über die Märcheninsel „die schwarzen Stadt“. Kamelrevolten, Diebesjagden, Hungersnot — alle Zwischenfälle dieser ereignisreichen Expedition berichtet das unerbittliche Objektiv der Kamera der Photographen und läßt den Zuschauer zum miterlebenden Teilnehmer der Expedition werden.

Die Not der Abiturienten.

In dieser Woche beginnt in Baden das schriftliche Abitur. Hunderte von jungen Leuten wollen nach abgelegter Reifeprüfung die höhere Schule verlassen. Noch nie vielleicht ist eine Generation unter trostloseren Ausichten für ihre ganze Lebensgestaltung in das Leben hinausgetreten, wie diese. Sind wir doch in der furchtbarsten Lage, die es für ein Volk geben kann, die heranwachsende Jugend vom Arbeitsprozeß ausschließen und damit der geistigen, seelischen und charakterlichen Verkümmern preisgeben zu müssen, da es uns am nötigen Lebensraum fehlt und Laiten getragen werden müssen, unter denen die Nation zusammenzubrechen droht.

Zahlen sprechen beredter als es alle Ausführungen vermögen. Auf Grund vorliegender Statistiken stehen in Deutschland von dem Abiturientenjahrgang 1932 rund 50.000 Oberprimaner und Oberprimanerinnen, das sind bei verschärfter Auslese etwa 42.000 bis 45.000 Abiturienten, vor der entscheidenden Frage der Berufswahl, das sind viermal soviel als vor dem Krieg. Auch bei günstiger, aufsteigender Wirtschaftsentwicklung besteht keine zureichende Verwendung für eine so große Zahl von Reifeprüfungen. 18.000 Abiturienten jährlich reichten völlig aus, um den Bedarf für akademische und außerakademische Berufe, die Abiturientenbildung verlangen, zu decken.

Nach den bisherigen Erfahrungen sind durchschnittlich 70 Prozent der Abiturienten zu den Universitäten und Hochschulen gegangen. Dieser starke Zustrom zu den Hochschulen kann nur eingedämmt werden, wenn in diesem Jahr ausnahmsweise ganz besondere Wege beschritten werden, um den nun einmal vorhandenen Abiturienten den Uebergang in das Berufsleben zu erleichtern. Derartige ungewöhnliche Maßnahmen sind unbedingt erforderlich, um der bedrückenden Ueberfüllung der Hochschulen und damit der weiteren Vermehrung eines akademischen Proletariats vorzubeugen. Die Zahl der stellungslosen Akademiker ist bereits so groß, daß es unerlässlich ist, in den verschiedensten Gegenden Deutschlands mit dem Ziel akademischer Selbsthilfe Einrichtungen zu schaffen, um der wirtschaftlichen und geistigen Not wirksam entgegenzutreten, und eine wirtschaftliche Eingliederung der stellungslosen Akademiker zu versuchen.

Die Zahl der in Deutschland berufstätigen Akademiker wird auf 350.000 bis 400.000 geschätzt. Wenn wir selbst annehmen, daß sich 370.000 Menschen in akademischen Berufstellungen befinden, so ergibt sich, daß auch bei günstiger Entwicklung jährlich höchstens 10.000 bis 12.000 Plätze frei werden, vorausgesetzt, daß es finanziell möglich ist, sie wieder zu besetzen. Nun sind aber seit 1927 durchschnittlich 26.000 bis 32.000 erste Semester jährlich an den Universitäten und Hochschulen eingeschrieben worden. Die Folgen dieser Fehlentwicklung werden erst im nächsten Jahrzehnt außerordentlich stark spürbar werden.

Diese Tatsachen zwingen alle verantwortungsbewußten öffentlichen und privaten Stellen, den Abiturienten des Jahrganges 1932 mit der größten Eindringlichkeit vom Studium abzuraten. Nur wer nach gewissenhafter Selbstprüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß seine inneren Anlagen und Fähigkeiten und seine Persönlichkeitswerte auch bei Erkenntnis dieser Lage ihm unumstößlich den Weg des Studiums weisen, und wer sich bemüht ist, daß ihm harte und schwere Jahre auch in wirtschaftlicher Beziehung bevorzugen, der sollte sich nicht abschrecken lassen. Aber die Zahl derer ist nach Uebererfüllung aller ladefähigen Kreise höchstens 5000 bis 6000, also nur jeder zehnte Abiturient, alle Oflern mit dem Studium beginnen. So haben von dem Abiturientenjahrgang 1932 nur ungewöhnlich tüchtige Menschen, die neben geeigneten Fachkenntnissen über Tatkraft und hervorragende charakterliche und Persönlichkeitswerte verfügen, Aussicht, Tausende von Bordenännern dank dieser hervorragenden Leistungen zu überbringen.

Was ist das Los der anderen? Es ist unvermeidlich geworden, daß umgehend durchgreifende Maßnahmen für die Eingliederung des diesjährigen Abiturientenjahrganges in außerakademische Berufe getroffen werden.

Der jetzt zur Entlassung kommende Abiturientenjahrgang ist besonders stark, da es sich um Geburtenjahrgänge aus der Vorkriegszeit handelt, wo wir durchschnittlich über zwei Millionen Neugeborene jährlich zu verzeichnen hatten. Es ist ein glücklicher Umstand, daß diese starken Abiturientenjahrgänge zu einem Zeitpunkt auf den Arbeitsmarkt treten, zu dem die Zahlen der von den Volksschulen Abgehenden und der Schüler, die mit der „mittleren Reife“ abschließen, bedeutend geringer sind, als in den Vorjahren, da hier die schwächsten Kriegsjahrgänge (1917 und 1918) mit nur durchschnittlich 900.000 Neugeborenen zur Entlassung kommen. Dieses glückliche Zusammentreffen erleichtert die Forderung an alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber, in diesem Jahr besonders zügig liche Ausbildungsstellen für Abiturienten bereitzustellen und wirksame Gegenmaßnahmen in der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten auf dem nicht akademischen Arbeitsmarkt zu treffen.

In diesem Sinne hat der deutsche Philologenverband bereits Ende 1931 durch Verhandlungen mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vorbereitende Schritte unternommen, um eine Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft zwecks Unterbringung eines Teils des Abiturientenjahrganges 1932 in wirtschaftlichen Berufen zu erreichen.

Nunmehr hat auch das Reichsministerium des Innern, wie durch Zeitungsmeldungen allgemein bekannt geworden ist, in einer Konferenz mit großen Spitzenverbänden am 23. Januar 1932 diese Gedanken gänge aufgenommen und zu ihrer praktischen Durchführung einen Ausschuß unter Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Industrie- und Handelstages, Reichsminister a. D. Dr. Hamann, eingesetzt, in dem neben dem Deutschen Philologenverband u. a. auch das Reichsministerium des Innern, der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Städtetag, die Verbände des Einzelhandels, des Groß- und Ueberseehandels, des Bankens- und Versicherungswesens, das Handelsministerium, der Reichsverband der Deutschen Ingenieure, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, das Deutsche Studentenwerk vertreten sind. In der ersten Sitzung dieses Ausschusses am 25. Januar 1932 wurden die gemeinsam von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Deutschen Philologenverband unterbreiteten Vorschläge für die Unterbringung der Abiturienten 1932 übernommen und deren sofortige praktische Durchführung beschlossen.

Es steht wohl zu erwarten, daß sich jetzt auch in Baden ein Arbeitsauschluß bildet, um im Sinne der vom Reichsministerium des Innern gegebenen Anregungen die Verhandlungen aufzunehmen, von der Erkenntnis ausgehend, daß durch Bekämpfung des Berechtigungswehrens, durch Schaffung einer Mittleren Reife und durch verhärtete Auslesebedingungen auf der höheren Schule allein keine Abhilfe geschaffen werden kann, da diesen vorwiegend negativen Maßnahmen naturgemäß enge Grenzen gesetzt sind. Die Schaffung von Lebensraum und Arbeit ist das einzige wirksame positive Mittel, wie der Not dieser Jugend geteuer werden kann. Versuche dazu müssen nunmehr auch bei uns in Gang gebracht werden, zum Heil der Jugend, zum Wohle des Ganzen.

Die Lage der Versorgungsanwärter.

Der Verein Karlsruhe e. V. des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten hielt dieser Tage im Vereinslokal „zum Palmengarten“ seine Generalversammlung ab.

Der 1. Vorsitzende, Herr Otto Böhmke, gab in seinem Jahresbericht einen allgemeinen Ueberblick über die beamtenpolitische Lage und die Auswirkungen der verschobenen Notverordnungen mit ihren mehrfachen Gehaltskürzungen, dem Abbau wichtiger Beamtenrechte, Kürzung der Höchstpensionsgrenze auf 75 Proz. usw., von denen gerade die untersten Beamtengruppen am härtesten betroffen worden sind. Große Not und tiefe Verbitterung herrsche in vielen Familien, da die eingeleitete Preisentlastungsaktion mit der Schmälerung des Einkommens nicht gleichen Schritt gehalten habe. Die schlechte Wirtschaftslage habe es mit sich gebracht, daß die Behörden mit der Neueinstellung von Versorgungsanwärtern in den letzten Jahren ungewöhnlich stark zurückgehalten hätten. Viele Tausende von Versorgungsanwärtern warten schon lange Jahre auf Anstellung, und die Fälle seien heute nicht mehr selten, daß ehem. Wehrmachtsangehörige aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müßten, weil ihre Ueberanlassungsbeiträge abgelaufen seien. Zweifellos hätten noch mehr Verw. Anwärter untergebracht werden können, wenn immer der gute Wille vorhanden gewesen wäre. Besonders die Kommunalbehörden liegen in dieser Beziehung viel, auch noch zu wünschen übrig.

Als ein erfreuliches Zeichen wachsender Erkenntnis müsse es angesehen werden, daß die Notverordnung v. 23. 12. 31 in ihrem 4. Teil dieser Krise der Zivilversorgung Rechnung trage. Hier sei es der Arbeit der Organisation gelungen, wichtige Verbesserungen der Anstellungsarrangements zu erreichen, die u. a. auch der übermäßigen Lehrlingszucht der Gemeindebehörden, einem Krebschaden der Zivilversorgung, Einhalt gebieten. Wichtige Reichsbehörden seien durch diese Notverordnung verpflichtet worden, in vermehrtem Maße Verw. Anwärter auf Probe oder „zur Einführung in den Zivilberuf“ einzustellen. Man hoffe, auf diese Weise in kürzester Zeit etwa 8000 Verw. Anwärter unterzubringen.

Der Vorsitzende gedachte lobend der 8 Mitglieder, die im abgelaufenen Jahr zur großen Arme abgerufen wurden. An ihre Hinterbliebenen konnten insgesamt RM. 3080.— Sterbegelder durch die Wohlfahrtsvereinigungen des Bundes ausbezahlt werden.

Die fortschreitende Not brachte auch eine Vermehrung der Untertützungsfälle. Hierfür wurden RM. 360.— verausgabt.

Ein Antrag des Vorstandes, anlässlich der in der letzten Zeit eingetretenen Einkommensminderung den Beitrag um 30 Proz. zu ermäßigen, wurde dankbar angenommen.

Der bisherige Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt und ihm der Dank für die im verfloffenen Geschäftsjahre geleistete Arbeit ausgesprochen.

Einige Anträge organisatorischer Art wurden in einer Entschließung zusammengefaßt und an die Bundesleitung weitergeleitet.

In seinen Schlussworten gab der 1. Vorsitzende ein Treuebekenntnis zur Landesvertretung der Verw. Anwärter zum Reichsbund der Zivildienstberechtigten ab.

Briefkasten.

791. A. G.: Brieflich beantwortet. 792. Frau B.: Wenn die entsprechenden Marken geliebt worden sind, wird auch die Invalidentaxe bezahlt. 797. G. B. I. E.: Brieflich beantwortet.

Mittelstands-Kundgebung der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationale Volkspartei, Kreisverein Karlsruhe, veranstaltete im großen Festsaal des Friedrichshofes eine Mittelstandskundgebung.

Anstelle des durch Krankheit am Kommen verhinderten Reichstagsabgeordneten Jäger-Kell sprach der württembergische Landtagsabgeordnete Dr. Höllinger.

Der Redner kennzeichnete zunächst die Wirtschaftspolitik nach Kriegsende, die sich gegen die Interessen des Mittelstandes richtete. Der Mittelstand muß wie das gesamte Volk leiden unter der ungeheuren Last der Tribute. Es sei nicht so, daß die Schwerindustrie und das sogenannte Bürgerium die Tribute zu bezahlen hätten. Diese belasten das ganze Volk und nicht zuletzt den Mittelstand. Trotz aktiver Handelsbilanz erfolgte ein beispielloser Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Es sei vorgekommen, daß das Ausland den besten deutschen Unternehmern günstige Angebote für die Verlegung ihrer Werkstätten und Fabriken in das Ausland machte, und so die besten und wichtigsten Kräfte an sich zog. Den Schaden habe davon der deutsche Arbeiter, dem Bauern, dem Gewerbetreibenden, dem Kaufmann, gebe es wirtschaftlich außerordentlich schlecht und trotz aller Arbeit und aller Bemühungen gelangt es ihm nicht immer, den durch Generationen vererbten Betrieb zu erhalten. Verweigerung laite über weiten Schichten des Mittelstandes. Alle Arbeit lohne vielfach nicht mehr und dadurch hore auch der Anreiz für diese auf. Hierin liegt eine schwere Gefahr für unser Volk.

Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Herrn Stadtrat Ferdinand Lang, der besonders darauf hinwies, daß es in erster Linie Aufgabe des Staates sei, den Mittelstand zu schützen. An einigen Beispielen aus der Praxis wies er nach, daß leider aber gerade das Gegenteil bei uns in Deutschland der Fall ist. Es sei ein stilles Ringen und Kämpfen in den Reihen des Mittelstandes. Es seien die besten unseres Vaterlandes, die da bluten müssen bis sie zusammenbrechen.

In der Diskussion sprach noch Landtagsabgeordneter Bauer. Er führte aus, daß der Mittelstand der Stand sei, der vor allen Dingen gepflegt werden müsse. Wenn es aber bei uns so weitergehe, würden bald anarchische Zustände herrschen. Auch der Mittelstand muß sich aufraffen und mitarbeiten, er müsse Farbe bekennen.

Freiwillig-Süddeutsche Klassenlotterie. In der Donnerstag-Vormittagsziehung fielen vier Gewinne zu je 10.000 RM. auf die Nr. 109.140, 182.118; acht Gewinne zu je 5000 RM. auf die Nr. 75.037, 265.725, 274.027, 334.988; sowie dreißig Gewinne zu je 3000 RM. auf die Nr. 51.059, 80.985, 100.078, 170.730, 171.616, 211.093, 244.689, 246.174, 262.581, 269.752, 270.124, 297.812, 338.194, 345.419, 383.274. — In der Nachmittagsziehung fielen zwei Gewinne zu je 10.000 RM. auf die Nr. 63.556; zwölf Gewinne zu je 5000 RM. auf die Nr. 29.703, 78.245, 282.015, 313.978, 314.905, 332.775; sowie vierundzwanzig Gewinne zu je 3000 RM. auf die Nr. 67.582, 89.447, 91.042, 95.264, 148.720, 154.713, 182.909, 196.602, 211.899, 213.286, 290.120, 305.510.

Wegen Wuchers bekräftigt.

Karlsruhe, 18. Febr. Wegen Wuchers verurteilte der Einzelrichter den Privatier Karl St. aus Freiburg zu 280 und 200 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte sich in der Zeit von 1924-1930 für ausgeliehene Darlehen 60-120 Prozent Zinsen pro Jahr zahlen lassen.

Advertisement for Biomalz with text: „Aufbauen — und nicht aufspeichern!“, „Hüten Sie sich vor Mitteln, welche nur Kräfte vortäuschen und nicht Kräfte bilden!“, „Der Scheinerfolg trägt — und der Rückschlag ist dann um so schlimmer“.

Advertisement for Biomalz with text: „Biomalz mit Lecithin“, „flüssig (Dose) jeht RM 4.—“, „trocken (50-Tabl.-Dose) jeht RM 1.35“.

Advertisement for Biomalz with text: „Zur Verjüngung“, „Bei Nervenleiden aller Art, bei trübseitigen Alterserscheinungen, nimm: Biomalz mit Lecithin!“, „Bei Blutmangel und Bleichsucht — Biomalz mit Eisen! Greift Zähl.e und Wagen nicht an! Dose... jeht RM 2.—“.

